



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Frauen, Gleichstellung
und Sicherheit -

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 10. Mai 2022

Vorlagen-Nr. 22-F-92-0001

Umsetzung des Verbotes russischer Kriegspropaganda in Wiesbaden - Antrag der Fraktionen Volt und SPD vom 04.05.2022 -

In den vergangenen Wochen fanden in verschiedenen deutschen Städten immer wieder Demonstrationen statt, bei denen verbotene russische Propagandasymbole gezeigt wurden und den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verherrlichen. Diese Demonstrationen bewegen sich damit eindeutig außerhalb der vom Grundgesetz weiterhin garantierten und bestehenden Demonstrations- und Meinungsfreiheit. Dabei handelte es sich um Demonstrationen und Autokorsos von Unterstützer*innen des russischen Angriffskrieges, Querdenker*innen, Reichsbürger*innen sowie weiteren rechtspopulistischen und rechtsextrimistischen Parteien und Organisationen. Darüber hinaus hat mit "Kartina TV" ein Unternehmen in Wiesbaden seinen Sitz, welches über das Internet weiterhin einschlägige und bereits verbotene russische Propagandasender überträgt und über 130.000 Kund*innen hat. Dabei wurde das Unternehmen bereits von den drei baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland aufgefordert, die Verbreitung der russischen Sender in den Ländern zu stoppen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. über die kommunalen Spitzenverbände auf ein Verbot russischer Propagandasymbole hinzuwirken und auch die Symbole bei allen Kundgebungen zu verbieten.
2. Des Weiteren wird der Magistrat gebeten zu prüfen, inwiefern die LHW ihrerseits Maßnahmen in Abstimmung mit der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) ergreifen kann, um die Verbreitung bereits verbotener russischer Propaganda zu stoppen.

Beschluss Nr. 0030

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2022

Siedenburg
stellv. Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2022

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2022

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister